Hannoversche Allgemeine Zeitung
17.04.2015

Der Plan: 18 400-mal Erfolg

Region, Arbeitsagentur und Jobcenter greifen das Problem der Langzeitarbeitslosen auf – mit neuen Zielzahlen

VON BERND HAASE

Arbeitsagentur, Region und Jobcenter haben mit einer sogenannten Zielvereinbarung festgelegt, wie vielen Arbeitslosen in diesem Jahr eine Stelle vermittelt werden soll. Besonders im Fokus stehen diejenigen, die seit langer Zeit auf Hartz-IV-Hilfe angewiesen sind – entweder, weil sie keinen Job haben, oder weil das Einkommen nicht zum Leben reicht. Der vergleichsweise hohe Anteil und die bisher geringe Vermittlungsquote dieser in der Arbeitsbürokratie Langzeitleistungsbezieher genannten Gruppe bildet derzeit das Hauptproblem auf dem hannoverschen Arbeitsmarkt. „Langzeitleistungsbezug zu verhindern oder zu beenden ist eine unserer wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre", sagt Michael Stier, Geschäftsführer des hannoverschen Jobcenters.

Die Zielvereinbarung stellt für Niedersachsen ein Novum dar; keine andere Region hat so etwas bisher gemacht. Insgesamt betreut das Jobcenter in der Region Hannover 83 000 Männer, Frauen und Jugendliche, die als erwerbsfähig eingestuft sind. Unter ihnen zählen 57 000 – das entspricht einer Quote von fast 70 Prozent – zu der von Stier erwähnten Gruppe. Diese Personen haben binnen zwei Jahren mindestens 21 Monate lang Arbeitslosengeld II bezogen. Mehr als jeder Dritte aus dieser Gruppe arbeitet, steckt allerdings in der Geringverdienerfalle. Auffällig ist auch der hohe Anteil an Schülern sowie an Alleinerziehenden.

Vereinbart worden ist, 18 400 Arbeitslosengeld-II-Empfänger in diesem Jahr in Lohn und Brot zu bringen, worunter ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz zu verstehen ist. Die Gesamtzahl der Langzeitarbeitslosen soll nicht weiter wachsen. Grundsätzlich ist man übereingekommen, diesen Personenkreis stärker zu fördern. Beispielsweise will das Jobcenter gemeinsam mit der Region Modellprojekte entwickeln, kommunale Leistungen wie Kinderbetreuung mit Instrumenten der Arbeitsmarktförderung zu verknüpfen.

Die vereinbarten Ziele sind auf den ersten Blick nicht sehr ambitioniert. Allerdings haben in der Vergangenheit Langzeitarbeitslose wenig bis gar nicht von der guten wirtschaftlichen Lage profitiert – das gilt für Hannover ebenso wie für die meisten anderen Regionen in Deutschland. Außerdem wird vorhergesagt, dass der Gesamtbestand der Arbeitslosengeld-II-Empfänger in diesem Jahr steigt.

„Mit der Vereinbarung unterstreichen wir die Gesamtverantwortung von Arbeitsagentur und Region für Langzeitarbeitslose", sagt Erwin Jordan, Sozialdezernent der Region. Erstes Ziel müsse zwar deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt sein, aber man brauche auch Angebote für diejenigen, die dort keine Chancen erhalten. Die Region würde auch monetär profitieren, wenn sich die Lage in diesem Segment künftig aufhellt: Sie trägt die Kosten für Miete und Heizung der Betroffenen und muss für sie insgesamt rund 280 Millionen Euro im Jahr aufbringen.

Mehr Beratung hilft

Über die Lage der Langzeitarbeitslosen in Hannover weiß man seit Herbst vergangenen Jahres ziemlich gut Bescheid. Seinerzeit wurde eine Studie des Hamburger Consultingunternehmens Consens veröffentlicht. In dem Papier sind Dinge, die man bereits wusste oder ahnte, durch statistisch Daten untermauert worden. Außerdem enthält es Handlungsempfehlungen. Es müsse vorrangiges Ziel sein, auch Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Unbedingt zu vermeiden sei, dass die Betroffenen den Kontakt zur normalen Arbeitswelt verlieren. Man müsse sie intensiver beraten, empfiehlt Consens.

Letzteres hat die Region in einem Pilotprojekt namens Joboffensive getan, das kürzlich nach zweijähriger Dauer ausgelaufen ist. Die Ergebnisse bestätigen die Einschätzung von Consens. Was künftig passiert, steht noch nicht fest. Zunächst soll die Joboffensive samt ihren Auswirkungen und Resultaten vom Institut für Sozialforschung genauer untersucht werden. *se*